

BLICK

im

BLICK



Neue Bäuseratorin Pein

Eimsbüttlerin will sozialen Wohnungsbau stärken

S. 4

Wir fahren nach Berlin

Bildungsreisen mit Niels Annen S. 6

TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE

Vorstandssitzung:

Dienstag, den 7. Februar 2023 um 19.30 Uhr, in der Sozialstation Lappenbergsallee 31 und online via 'Zoom'

Per 'Zoom' Teilnehmende melden sich bitte vorher rechtzeitig bei Agata Klaus oder Gabor Frese

SPD Eimsbüttel-Nord - Mitgliederversammlung:

Termin und Thema für Februar lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor

Infostand:

Fällt im Februar aus

AG 60plus Eimsbüttel:

Donnerstag, den 23. Februar 2023 um 10.00 Uhr, Vorstandssitzung und Mitgliedertreffen mit Vorbereitung der anstehenden Organisationswahlen, AWO Seniorentreff Stellingen, Jugendstraße 11

SPD-Veranstaltung mit unserem Bürgermeister:

Montag, den 20. Februar, um 19.30 Uhr, im steeedt (ehemals Eidelstedter Bürgerhaus), Alte Elbgaustraße 12

Peter Tschentscher Live in Eimsbüttel - Hamburgs Erster Bürgermeister im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.



Geburtstage:

Einen herzlichen Glückwunsch allen Geburtstagskindern im Februar 2023, besonders denen ab 60 Jahre:

Ernst Radestock wird am 9. Februar 75 Jahre alt

Rolf Polle wird am 23. Februar 75 Jahre alt



Service

Bei Interesse an Infos aus Eimsbüttel-Nord bitte mailen an: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Infos zur AG 60plus bei Annegret Ptach, Tel. 040 / 851 29 71 oder mobil 0151 23064611

Infos und Kontakt zur Juso-Gruppe Eimsbüttel Nord/Süd über Instagram [@jusos.eimsbush](https://www.instagram.com/jusos.eimsbush)

Liebe Genoss*innen, liebe Freund*innen der SPD in Eimsbüttel,



im Januar haben wir mit Milan Pein, dem Bürgerschaftsabgeordneten und Kreisvorsitzenden von Eimsbüttel, über den Cum Ex-Skandal diskutiert. Milan ist Mitglied im zugehörigen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse und sorgte bei den Teilnehmenden für Klarheit und Nachdenken über die Berichterstattung. Fakt ist: Die Warburg-Bank hat die Steuern zurückgezahlt; eine politische Einflussnahme ist auch nach der Befragung von 50 Zeugen nicht nachgewiesen. Besonders pikant: Die höchste Parteispende der Warburg Bank ging an die CDU. Einigkeit herrschte unter den Teilnehmenden darüber, dass die Kommunikation der SPD, aber auch des Bundeskanzlers verbesserungswürdig ist und dass seine Erinnerungslücken zu dem Treffen mit den Warburg-Bankern auch auf den Umstand zurückzuführen sein könnten, dass Olaf Scholz durchschnittlich 25.000 Termine im Jahr absolviert hat.

Dass Scholz erst nach langem Zögern der Lieferung von Leopard-2-Panzern zugestimmt hat, wurde ebenfalls kritisch diskutiert. Ob das letztendlich dafür ausschlaggebend war, dass auch die USA Abrams-Panzer liefern, ist unklar. Ob das lange Zögern, wie von vielen Kommentator*innen befürchtet, zu einer Spaltung innerhalb der NATO geführt hat, kann bezweifelt werden. Eine Vorreiterrolle hat Deutschland unter der Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers jedoch nicht eingenommen. Inwiefern die Panzerlieferungen den Krieg zugunsten der angegriffenen Ukraine verändern werden, ist nicht ausgemacht. Über die Forderungen der Ukraine nach Lieferung von Kampffjets wird es auch in der SPD Diskussionen geben. Wir wollen mit Euch dazu ins Gespräch kommen und planen hierzu in naher Zukunft eine Veranstaltung.

Wir freuen uns, auch bei den kommenden Veranstaltungen viele von euch zu sehen!

Mit solidarischen Grüßen

Eure Agata Klaus und euer Gabor Frese, Distriktvorsitzende

Neue Bausenatorin kommt aus Eimsbüttel

Seit Mitte Dezember 2022 ist Karen Pein im Amt



Senatorin Karen Pein

Foto © IBA Hamburg GmbH / Bente Stachowske

Hamburg hat eine neue Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen: Die Genossin Karen Pein aus Lokstedt wurde Mitte Dezember 2022 von der Hamburger Bürgerschaft an die Spitze der Baubehörde gewählt. Sie ist damit Nachfolgerin von Dorothee Stapelfeldt, die die Behörde zuvor über sieben Jahre leitete. Als eine der größten Herausforderungen im neuen Amt nannte Karen Pein den Einsatz für bezahlbare Mieten.

Hamburg setzt seit 2011 auf die Vergrößerung des Wohnraumbotens in der Hansestadt, um die Mietpreise gering zu halten beziehungsweise den rasanten Anstieg der Preise wie in anderen Städten zu verhindern. Hamburg hat gemeinsam mit den Verbänden der Wohnungswirtschaft, dem städti-

schen Wohnungsunternehmen SAGA und den Hamburger Mietervereinen das „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ gebildet. Aktuell besteht das gemeinsame Ziel, jährlich 10.000 Baugenehmigungen für Wohnungen zu erteilen – darunter 3.000 Genehmigungen für Sozialwohnungen. Je mehr Wohnungen in Hamburg den Mietern zur Verfügung stehen, desto entspannter ist der Markt und desto geringer steigen dadurch die Mieten in der Stadt.

Nachdem Hamburg lange Zeit jedes Jahr die selbst gesteckten Ziele erreichte, sind die Zahlen der Genehmigungen derzeit rückläufig. Hierfür dürften mehrere Gründe ursächlich sein: Der Fachkräftemangel wirkt sich auch auf die Baubranche aus, die Rohstoffpreise sind in den vergangenen zwei Jahren erheblich gestiegen und abgebrochene Lieferketten belasten die Branche erheblich.

Zu den bestehenden Problemen kommen neue hinzu. Die Bauwirtschaft übt beispielsweise erhebliche Kritik am Vorhaben des SPD-geführten Senats, künftig stadteigene Grundstücke für den Wohnungsbau nicht mehr zu verkaufen. Stattdessen sollen die Grundstücke im Rahmen des Erbbaurechts zeitlich beschränkt Wohnungsunternehmen zur Nutzung überlassen werden. Die Unternehmen können auf den Grundstücken Wohnhäuser errichten und die Mieten vereinnahmen. Die Unternehmen müssen anstelle eines Kaufpreises für den Erwerb des Grundstückes einen jährlichen Erbpachtzins für die Nutzung des Grundstückes zahlen. Das Nutzungsrecht ist von vornherein auf einen vereinbarten Zeitraum beschränkt, nach dessen Ablauf die Grundstücke an die Stadt zurückgegeben werden oder eine neue Vereinbarung geschlossen wird. Die hieran geäußerte Kritik konterte die neue Senatorin im Interview mit dem Hamburger Abendblatt (27. Januar 2023). Senatorin Pein erklärt den entstehenden wirtschaftlichen Vorteil für die Wohnungswirtschaft durch das Erbbaurecht: In der Regel wird der für den Erwerb eines Grundstücks zu zahlende Kaufpreis durch Darlehen finanziert. Für die Nutzung des Erbbaurechts ist ein Pachtzins zu zahlen. Während für Immobiliendarlehen jährlich ein Zins von derzeit vier bis sechs Prozent zu zahlen sei, würde der Erbpachtzins lediglich 1,5 Prozent betragen. Die von der Wohnungswirtschaft zu tragenden Finanzierungskosten fallen also beim Erbbaurecht deutlich günstiger aus als beim Kauf.

Ein weiteres grundsätzliches Problem bestünde darin, dass nicht alle genehmigten Wohnungen auch gebaut werden. Derzeit würden 25.000 Wohnungen noch nicht erstellt sein. Bei 16.000 Wohnungen hiervon sei noch nicht einmal mit der Errichtung der Wohnung begonnen worden, so Senatorin Pein gegenüber dem Abendblatt. Die Gründe hierfür sollen jetzt analysiert werden, um seitens der Stadt gegebenenfalls Anreize für eine Fertigstellung zu schaffen.

Als ein Problem im Wohnungsbau bezeichnet die Senatorin ausdrücklich Investoren, die erworbene Grundstücke nicht bebauen, sondern gewinnbringend weiterveräußern würden. Die dadurch steigenden Anschaffungskosten würden sich negativ auf die am Ende vom Bürger zu zahlende Miete auswirken. Die Mieten würden im Ergebnis steigen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt dürfte künftig vor allem in der Förderung des sozialen Wohnungsbaus liegen. Die neue Senatorin möchte hierfür bessere Förderangebote schaffen, um mehr Wohnungsbauprojekte auf öffentlich geförderte Wohnungen zu lenken.

Weiter auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Als weiteres Ziel nannte Karen Pein die Förderung des sogenannten Wohnungsaustauschs: Ältere Mieter mit viel Wohnraum tauschen die Wohnungen mit Familien, die in kleineren Wohnungen leben und mehr Platz brauchen. Dazu müssten mehr altersgerechte Wohnungen zu finanzierbaren Preisen geschaffen werden, um für Älteren den Umzug in kleinere Wohnungen auch interessant zu machen.

Ralf Bednarek

Politische Bildungsfahrt nach Berlin mit Niels Annen



Im vergangenen Jahr haben die bundespolitischen Fahrten nach Berlin wieder stattfinden können. Zwei Jahre waren sie pandemiebedingt ausgesetzt worden. Die so genannten BPA-Fahrten bzw. „Berlinfahrten“ sind bildungspolitische Reisen, zu denen die Bundestagsabgeordneten die Bürger:innen ihrer Wahlkreise einladen dürfen. Dabei erhalten die Teilnehmer:innen einen Einblick in die Arbeit ihrer Abgeordneten und die Möglichkeit, sich die politischen Institutionen und kulturellen sowie historischen Orte in Berlin anzusehen.

Die Berlin-Reisen unseres Bundestagsabgeordneten Niels Annen finden über zwei Tage inkl. Übernachtung in einem Berliner Hotel statt. Die Teilnehmer:innen treffen Niels dabei zu einem einstündigen Gespräch und können Fragen zur allgemeinen politischen Lage stellen oder Themen aufgreifen, die ihnen am Herzen liegen – egal, ob es um eine Angelegenheit in Eimsbüttel oder bundespolitische Themen geht. Der Austausch mit den Wähler:innen aus Eimsbüttel ist Niels seit jeher sehr wichtig.

Ein Besuch der Reichstagskuppel und eine politische Stadtrundfahrt stehen bei den Besuchen ebenfalls fest auf dem Plan. Andere Programmpunkte variieren von Fahrt zu Fahrt. Die Organisation erfolgt durch das Bundespresseamt. Die Teilnehmer:innen des letzten Jahres haben z. B. den Bundesrat, das Ministerium für Arbeit und Soziales oder das Ministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit besucht. Ebenso fanden Besuche des Jüdischen Museums, des Dokumentationszentrums für Flucht und Vertreibung, der Mauergedenkstätte und vieles mehr statt.

Auch in diesem Jahr könnt Ihr mit dem Wahlkreisbüro wieder nach Berlin fahren. Meldet Euch als Interessenten gerne unter Tel. 040-41449912 oder per Mail an niels.annen.ma06@bundestag.de.

Die Termine in 2023:

15. und 16. Juni, 21. und 22. August sowie 12. und 13. Oktober

Til Bernstein

Haushaltsausschuss: Boniverbot bei hohen Energiehilfen für Unternehmen

Gegen den Willen von Kanzleramt, Wirtschafts- und Finanzministerium hat der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen, dass Unternehmen, die um mehr als 25 Millionen Euro entlastet werden, keine neuen Bonuszahlungen vereinbaren oder bestehende Boni erhöhen dürfen. Es geht um Prämien für die Geschäftsführung oder die Aufsichtsorgane von Firmen.

Übersteigt in diesen die Entlastungssumme 50 Millionen Euro, gilt einerseits ein generelles Bonusverbot für die Mitglieder der Geschäftsleitung und der Aufsichtsgremien. Andererseits dürfen keine Dividenden ausgezahlt oder Gewinne ausgeschüttet werden, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ am 13. Dezember.

Wie zu hören war, soll unser Bundeskanzler Scholz über diesen Beschluss verärgert gewesen sein. Ich halte das aber für einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Über solche guten Entscheidungen wird leider viel zu wenig in den Medien berichtet.

Weiter so, sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete!

Rolf Polle

Anzeige

Kennen Sie schon unseren AWO-Aktivtreff?



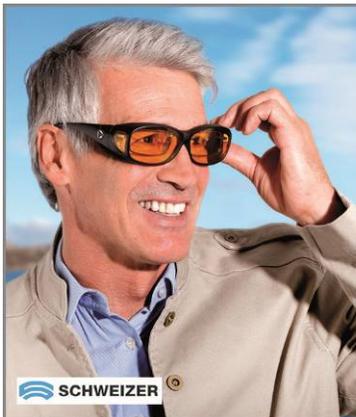
Aktivtreff Stellingen

Jugendstraße 11, 22527 Hamburg

Tel: 040 5407101, mobil 0151 23064611

Ansprechpartnerin: Annegret Ptach





OPTIKDANIEL

hingucken ... reinschauen ... durchblicken

Spezialbrillen bei Altersbedingter Makuladegeneration (AMD)

Wir sind spezialisiert auf Menschen mit altersbedingten Sehbeeinträchtigungen und nehmen uns gerne Zeit für Sie.

Jetzt Termin vereinbaren! Tel. 040 - 40 87 01

Osterstraße 136 | 20255 Hamburg-Eimsbüttel

team-**inso**

Ralf Bednarek

Fachanwalt für Strafrecht

Fachanwalt für Insolvenzrecht

Telefon: 040 / 360 980 60

www.team-inso.de

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzende:	Agata Klaus und Gabor Frese	Tel. 0170/4904824 Tel. 0178/9101428
Stellvertretender Vorsitzender:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 0176/35445342
Bezirksversammlung:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Kerngebietsausschuss:	Hannelore Köster und Ralf Meiburg	Tel. 0176/49547834

Internet: www.spd-eimsbuettel-nord.de
E-Mail: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:
IBAN: DE38500333001244008900, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank